

Betreff: Presseerklärung und Einladung: Übergabe der Unterschriften zum Volksbegehr „Erhalt Klinikum Links der Weser“

Presseerklärung und Einladung zur Übergabe der Unterschriften

Volksbegehr zum Erhalt des Klinikums Links der Weser und zur Stärkung der kommunalen Krankenhäuser im Land Bremen

Am Freitag, den 23. Januar 2026, um 10.00 Uhr werden die Vertrauenspersonen des Volksbegehr zum Erhalt des Klinikums Links der Weser Zehntausende Unterschriften zur Unterstützung des Zulassungsverfahrens an die Landeswahlleiterin übergeben.

Ort:

Landeswahlleiterin Bremen

An der Weide 14–16

28195 Bremen

Mit der Übergabe wird der erste formale Schritt zur Zulassung des Volksbegehr abgeschlossen. Gleichzeitig möchten sich die Vertrauenspersonen Doris Urlbauer, Roman Fabian und Prof. Dr. Knut Leitz ausdrücklich bei den vielen tausend engagierten Unterstützerinnen und Unterstützern bedanken – insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen des Klinikums Links der Weser, den Ortsbeiräten der linken Weserseite sowie allen Bürgerinnen und Bürgern, die dieses starke Zeichen für den Erhalt ihres kommunalen Krankenhauses gesetzt haben.

Das große Engagement zeigt deutlich:

Die Menschen auf der linken Weserseite brauchen ihr kommunales Krankenhaus Links der Weser. Ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) kann ein 24/7-Notfallkrankenhaus nicht ersetzen. MVZ sind an Praxiszeiten gebunden und decken weder die kontinuierliche Notfallversorgung noch das breite medizinische Leistungsspektrum eines Krankenhauses ab.

Die geplante sogenannte Verschmelzung des Klinikums Links der Weser mit dem Klinikum Bremen-Mitte erweist sich bereits jetzt als immer kostspieliger, entspricht nicht dem tatsächlichen Versorgungsbedarf der linken Weserseite und droht durch die fortschreitende Abwanderung qualifizierten Personals zu scheitern. Eine sichere, wohnortnahe und bedarfsgerechte Versorgung wird dadurch nicht gewährleistet.

Mit der erfolgreichen Sammlung der Unterschriften verbinden wir die klare Erwartung, dass der Bremer Senat seinen Fehler erkennt und korrigiert, sodass das Volksbegehr als zweite Stufe und ein anschließender Volksentscheid als dritte Stufe unnötig werden.

Sollte dies nicht geschehen, ist für uns und unsere Unterstützenden ebenso klar:

Wir werden jeden weiteren basisdemokratischen Schritt gemeinsam, entschlossen und solidarisch gehen.

Wir laden Vertreterinnen und Vertreter der Presse, der Zivilgesellschaft, der Belegschaften, der Ortsbeiräte sowie alle Interessierten herzlich ein, die Übergabe der Unterschriften zu begleiten.

Für Rückfragen:

Roman Fabian / 0172 8371149